

Magistratsvorlage

Wissenschaftsstadt
Darmstadt



Eingang Magistrats- geschäftsstelle: 11.10.2017	an den Magistrat ☐ zur Kenntnis ☒ zur Beschlussfassung	Beteiligt vor Magistratsbeschlussfassung:
Dezernat I Amt: Büro der Bürgerbeauftragten	an die Stadtverordnetenversammlung ☐ OBW zur Befassung ☐ zur Kenntnis ☒ zur Beschlussfassung ☐ zur abschließenden Beschluss- fassung Fachausschuss Behandlung in Ja Nein öffentl. Sitzung ☒ ☐	Dezernat III ☐ OBW bei abschl. Beschlussfassung Magistrat
Verteiler:	Ja Nein Internetfähig ☒ ☐	Vorlage-Nr. 2017/0340 Magistratsbeschluss-Nr.
Produkt-Nr.: Kostenstelle: Kostenträger:		
Investitionsnummer: Sachkonto:		

Betreff: Antrag zur Anregung von Bürgerbeteiligung zum Umbau der Bismarckstraße und der Frankfurter Straße einschließlich der Maßnahmen am Mathildenplatz und Willy-Brandt-Platz (Bauabschnitt 3)

Vorlage vom: 25.09.2017

Beschlussvorschlag:

1. Der Magistrat nimmt den Antrag zur Anregung von Bürgerbeteiligung zum 3. Bauabschnitt des Projekts „Ausbau der Nahverkehrsachse Bismarckstraße, Willy-Brandt-Straße, Mathildenplatz und Luisenplatz“ zur Kenntnis.
2. Das Vorhaben wird auf die Vorhabenliste aufgenommen.
3. Der Anregung zur gemeinsamen Entwicklung von Varianten und Alternativen zur bestehenden Vorplanung wird nicht gefolgt.
4. Es wird eine weitere Bürgerinformation vor dem Beginn des Planfeststellungsverfahrens durchgeführt, in der dargestellt wird, welche Varianten geprüft und abgewägt wurden und wie mit den Vorschlägen und Forderungen aus der Bürgerschaft umgegangen wurde. Außerdem wird über die weitere Möglichkeit zur Beteiligung im Planfeststellungsverfahren informiert. Zusätzlich wird eine aufsuchende Information im Planungsgebiet angeboten.

Anlagen:	DAVIA_Vorhabensteckbrief
-----------------	--------------------------

Datenschutzrelevante Anlage: ☐

Folgekosten:	☐ Ja	☐ Nein
---------------------	-----------------------------	-------------------------------

Beschluss des Magistrats vom

Begründung zur Magistratsvorlage vom 25.09.2017

Im Rahmen der Leitlinien zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ist es möglich, über einen Antrag aus der Bürgerschaft Beteiligung zu einem städtischen Vorhaben anzuregen (sog. Quorumsantrag). Hierzu muss das Vorhaben auf der Vorhabenliste eingestellt sein.

Da das Vorhaben „Ausbau der Nahverkehrsachse Bismarckstraße, Willy-Brandt-Platz, Mathildenplatz und Luisenplatz (3. Bauabschnitt)“ bisher nicht auf der Vorhabenliste stand, wird dies nun mit der Einbringung des Steckbriefs in der Anlage nachgeholt.

Ziel des Antrags ist „eine einvernehmliche Planung von Politik, Verwaltung und Bürgern, die mehrheitsfähig für Anlieger und betroffene Bevölkerung ist.“

Eine Durchführung von Bürgerbeteiligung auf der Stufe der Mitgestaltung, d.h. der Erarbeitung einer gemeinsamen Planung, ist im Projektstand nicht mehr möglich. Folgende Gründe sind hierzu anzuführen:

Stand des Projekts:

Das Gesamtprojekt „Ausbau der Nahverkehrsachse Bismarckstraße, Willy-Brandt-Platz, Mathildenplatz und Luisenplatz“ ist bereits seit mehreren Jahren in Planung und die ersten beiden Teilabschnitte des Projekts sind bereits realisiert. Ziel des Gesamtprojekts ist eine verbesserte Verkehrsabwicklung, eine höhere Verkehrssicherheit sowie eine städtebauliche Aufwertung des Willy-Brandt-Platzes. Dazu soll die Haltestelle Willy-Brandt-Platz mit der Baumaßnahme aus ihrer Insellage befreit und verkehrlich entzerrt werden, um zukünftig ausreichend Aufstell- und Aufenthaltsflächen für Fahrgäste an der barrierefrei auszubauenden Haltestelle zu haben.

Die grundlegenden Planungsentscheidungen zum Bereich rund um den Willy-Brandt-Platz wurden nach einer langen Variantenuntersuchung bereits im Jahr 2004 getroffen (Magistratsbeschluss Nr. 0791). Die Planungen sind auf der Basis dieser Magistratsvorlage kontinuierlich weiter entwickelt worden. Die hierauf aufbauenden Vorentwurfsplanungen zu den Teilbereichen Bismarckstraße-Ost, Willy-Brandt-Platz, Mathildenplatz und Frankfurter Straße-Süd (MV-Nr. 2014/0180) und Haltestelle Pallaswiesenstraße (MV-Nr. 2016/0069) sind bereits politisch beschlossen. Das Projekt ist daher im Planungsprozess schon weit vorangeschritten und steht kurz vor der Fertigstellung der Entwurfsplanung und dem Beginn des Planfeststellungsverfahrens.

Geringe Gestaltungsspielräume:

Aufgrund der technischen und planerischen Rahmenbedingungen sind die Spielräume für Veränderungen äußerst begrenzt bzw. nahezu nicht vorhanden. Die Abwägung der technischen Gleis- und Straßenplanung mit der Stadtgestaltung, der Grünplanung, der Kanalplanung, der Fahrleitungsplanung und den Versorgungsträgern ist sehr komplex und macht Kompromisse aller Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer notwendig.

Rechenschaft wird abgelegt:

Im Rahmen der Bürgerinformationsveranstaltung im Mai 2016 und in der Folgezeit hatten die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, sich über die Planungen zu informieren und Verbesserungsvorschläge einzubringen. Hierzu wurde eine Projekt-Internetseite www.heagmobilo.de/davia und eine Projekt-E-Mail-Adresse davia@heagmobilo.de eingerichtet. Im Anschluss an die Veranstaltung wurden die Anregungen dokumentiert, geprüft und bewertet. Diese Dokumentation und der Umgang mit den Anregungen sind auf

der Internetseite verfügbar. Auch die in der Folgezeit eingegangenen Anregungen und Hinweise aus der Bürgerschaft wurden alle intensiv geprüft und einige dieser Anregungen sind auch bereits in die Erstellung der Entwurfsplanung eingeflossen. So wurde beispielsweise für den Willy-Brandt-Platz Aspekte der Haltestellenlage in die Planungen aufgenommen. Ein Baumgutachten wurde im Rahmen der vertieften Prüfung hinsichtlich der Frage nach einem möglichen Baumerhalt beauftragt und liegt vor. In einem Gespräch zwischen Vertretungen der IG3 und dem Planungsdezernat wurde das Baumgutachten intensiv besprochen.

Weiteres Vorgehen:

Als nächster Schritt ist vorgesehen, den aktuellen Planungsstand den politischen Gremien zur Beratung vorzulegen. Die Prüfergebnisse der Verwaltung zu den Vorschlägen und Forderungen aus der Bürgerschaft werden in dieser Magistratsvorlage dargestellt. Zur weiteren Information der Bürgerinnen und Bürger, auch zum Umgang der Verwaltung mit den eingereichten Anregungen und Verbesserungsvorschlägen, wird im Anschluss an die politische Beratung eine Bürgerinformationsveranstaltung durchgeführt. In dieser Veranstaltung wird dargestellt, welche Varianten und Alternativen geprüft und abgewägt wurden und wie mit den Verbesserungsvorschlägen und Anregungen aus der Bürgerschaft umgegangen wurde. Einwände der Bürgerinnen und Bürger, die bei der Entwurfsplanung berücksichtigt oder nach einer Abwägung gut begründet nicht berücksichtigt wurden, werden dargestellt. Außerdem wird über die Möglichkeiten zur Beteiligung im Planfeststellungsverfahren informiert. Es ist wichtig, die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig darauf hinzuweisen, welche Fragestellungen im Planungsprozess bearbeitet werden, um keine falschen Erwartungen zu wecken und Missverständnissen vorzubeugen. Hierzu soll die Veranstaltung auch dienen. Die Veranstaltung wird durch ein externes Büro moderiert und die Ergebnisse der Veranstaltung werden protokolliert und veröffentlicht.

Zusätzlich wird eine aufsuchende Information im Planungsgebiet mittels des Inforads angeboten, um möglichst viele interessierte Bürgerinnen und Bürger über den Entwurfsstand der Planungen zu informieren.

Das Planfeststellungsverfahren, welches im Anschluss eröffnet werden soll, gibt allen Bürgerinnen und Bürger eine weitere Möglichkeit, ihre Einwendungen im formellen Verfahren geltend zu machen. Alle wesentlichen Planungsinformationen, Vorprüfungen und Entscheidungsgrundlagen werden im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens offen gelegt. Diese Informationen werden auch im Internet öffentlich zugänglich sein.

Darmstadt, den 25.09.2017

Dezernat I

Dezernat III

Jochen Partsch
Oberbürgermeister

Dr. Barbara Boczek
Stadträtin